

Handeln statt Hoffen: Welche Strategie für Fridays for Future?

Dieses Papier ist aufgrund einer Strategiedebatte innerhalb der bundesweiten Struktur von FFF entstanden. Als REVOLUTION beteiligen wir uns seit einiger Zeit an den Klimaprotesten und unterstützen diese praktisch. Dieses Papier versucht vor allem zwei Fragen zu beantworten:

1. Wie können wir unseren Protest im nächsten Jahr voranbringen und unsere Forderungen durchsetzen?
2. Wie können wir unsere Struktur verbessern?

Dabei haben wir den ersten Teil vorangestellt, da wir glauben, dass die Inhalte auch maßgeblich das Vorankommen, aber auch die Form unseres Protestes bestimmen. Viel Spaß beim Lesen! Wer Weiteres mit uns diskutieren möchte oder seine_ihre Kritik mit uns direkt teilen will, kann sich unter strategiefff@riseup.net bei uns melden!

Kurze Bilanz

Seit einem Jahr streiken wir und haben es geschafft eine große öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen. Jeden Freitag sind in verschiedenen deutschen Städten Menschen auf die Straße gegangen, zudem gab es 4 internationale Aktionstage. Hierzulande beteiligten sich am 20.09.2019 sogar 1,4 Millionen. Das ist die größte Mobilisierung seit Jahren. Kurz: Viele sind sich der Problematik der Klimakrise nun bewusst und Politik und Medien mussten sich vermehrt mit dem Thema beschäftigen. Unsere Forderungen wurden allerdings nicht umgesetzt. Mit dem Klimapaket können die Ziele des Pariser Klimaabkommens sowie die 1,5°C Grenze nicht eingehalten werden. Dieses ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Auch die UN-Klimakonferenz in Madrid endete wieder ergebnislos und hinterlässt mal wieder den Eindruck, dass es kaum Akteure des aktuellen Wirtschafts- und Staatensystems gibt, die unsere Klimaziele umsetzen wollen. Aber wir wollen

uns nicht demoralisieren lassen, sondern fragen uns: Was nun?

Welche Strategie brauchen wir?

Wie schon geschrieben: Wir sind Viele. Aber das reicht nicht aus, um etwas zu ändern. Damit wir mehr werden – und vor allem mehr erreichen – müssen wir im nächsten Jahr gezielter vorgehen. Statt Klimaschutz individuell zu denken (Was kann jede_r von uns einzeln tun?) müssen wir kollektive Verbesserungen erkämpfen. Das hat zwei Gründe: Zum Einen sprechen wir so mehr Menschen an, denn aktuell wird Klimaschutz nur mit Verzicht, Verboten und Steuererhöhungen in Verbindung gebracht. Das schreckt ab, da sich das viele nicht leisten können und auch keine gute gesamtgesellschaftliche Perspektive ist. Zum Anderen schaffen wir es dadurch im Hier und Jetzt Veränderungen zu erwirken, die nicht nur unseren Lebensstandard erhöhen, sondern auch schnellere Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlage haben. Zusätzlich haben wir als Bewegung dann einen greifbaren Erfolg! Konsumprotest kann nur ein begleitendes Mittel sein. Denn was nutzt ein bewusster Verzicht, solange die von uns genutzte Energie durch Kohleverstromung erzeugt wird oder Massenvernichtungswaffen gebaut werden?

Dazu müssen wir die Interessen der Mehrheit nach einem Arbeitsplatz, einer gut bezahlten Zukunft, einem besseren Leben in unsere Forderungen mit einbeziehen. Also kurz: Lasst uns für Verbesserungen statt Verbote eintreten! Damit genau das umgesetzt wird, müssen wir Interessenvertretungen eben jener miteinbeziehen. In diesem Fall sind es die Gewerkschaften, sowie die politischen Parteien, mit denen diese verbunden sind. Diese haben zwar in Fragen des Klimaschutzes in der Vergangenheit nicht

allzu

viel erreicht, aber organisieren bereits eine Masse an Leuten, die wir mit unseren Forderungen erreichen wollen und können. Ein zentraler Ansatzpunkt für

eine erfolgreiche Kampagne sind somit die Tarifrunden der Länder im nächsten

Jahr. Dort müssen wir uns als Fridays for Future beteiligen und gleichzeitig eine eigene Position mit hereintragen, um Kämpfe zu verbinden.

1. Wie können wir die Kohlesubventionierung beenden und den Beschäftigten eine Perspektive bieten?

Hier sollten wir für einen

Branchentarifvertrag eintreten. Dies bedeutet einheitliche Bezahlung in der Energiebranche, damit sie nicht gegeneinander ausgespielt werden. Werden dann

Kohlekraftwerke geschlossen, bedarf es kostenloser Umschulungen und der Erschließung neuer Jobs, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien,

die dann automatisch zu gleichem Lohn stattfinden muss, damit die Beschäftigten

eine Perspektive für weitere Arbeit haben. Dies muss dann beispielsweise durch

die aktuelle Subventionierung der Kohle gezahlt werden, sowie durch die stärkere Besteuerung von Unternehmen wie RWE. Weigern sich diese, müssen wir

für die Enteignung dieser Firmen eintreten, die jahrelang von der Zerstörung unserer Lebensgrundlage profitiert haben.

▪ Verkehrswende statt Klimawandel!

Dies kann nicht alleinig durch E-Mobilität beendet

werden. Wir müssen für einen kostenlosen ÖPNV eintreten, unter Kontrolle der

Beschäftigten und Nutzenden. Statt den Schwerpunkt auf individuelle Verkehrswege zu legen, sollten wir auf die Verbesserung von kollektiven Fortbewegungsmitteln setzen. Diese Forderung kann nur real werden, wenn wir für massive Investitionen in die Bahn eintreten, für mehr Personal mit besseren Löhnen und den Ausbau der Streckennetze. Dazu müssen wir aktiv auf die Beschäftigten zugehen und sie einladen, gemeinsame Aktionen mit uns zu machen. Beispielsweise bedarf es Vollversammlungen in Schulen und Betrieben, wo wir gemeinsam über diese Thematik diskutieren können und müssen. Daneben können wir auch unsere Streiks miteinander verbinden. Statt uns auf das Gerede der Konzerne und Regierungen zu verlassen, dass nicht genug Geld dafür da ist, sollten wir für die Einsicht in die Geschäftsbücher eintreten. Schließlich geht der Klimaschutz uns alle an.

▪ **Holt die Gewerkschaften mit ins Boot!**

Nicht umsonst sind im Rahmen des weltweiten Generalstreiks 1,4 Millionen Leute auf die Straße gegangen. Das zeigt: Diese Aufforderung hat Wirkung. Wenn wir mehr als das Klimapaket haben wollen, dann müssen wir uns diesem Mittel bedienen! Dadurch, dass Unternehmen Verluste einfahren, erwirken wir Druck auf Politik und Kapital. Wir als Fridays for Future müssen deshalb die Gewerkschaften zum Einen offen aufrufen, dies mit uns gemeinsam zu veranstalten, indem sie a) offen dazu aufrufen und b) im Vorfeld Vollversammlungen an den Betrieben organisieren. Durch die oben genannten Forderungen haben wir dann gleichzeitig Kontakt zur Belegschaft und können dies

ebenfalls unterstützen, sollte dies nicht passieren. Nur so können wir uns in Stellung bringen, unsere Forderungen durchzusetzen. Gemeinsame Kämpfe mit den Beschäftigten sind in einer Situation, in der die Wirtschaft weltweit stagniert, besonders wichtig. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass die Unternehmen die Kosten der ökologischen Krise durch Massenentlassungen und Auslagerung von umweltschädlicher Produktion in andere Nationen auf den Schultern der Lohnabhängigen abladen.

▪ **Klimaschutz kennt keine Grenzen!**

Das Problem des Klimawandels lässt sich nicht in einem Land lösen. Wenn wir wachsen wollen, müssen wir unsere Kämpfe verbinden und über Nationalstaatsgrenzen hinweg gegen eine Politik eintreten, die dafür sorgt, dass die Produktion in andere Länder verlagert wird und dort Löhne drückt, sowie die Umwelt zerstört. Ein Schritt dahin ist, Bewusstsein dafür zu schaffen und für die Anerkennung von Umweltzerstörung als Fluchtursache und volle Staatsbürger_Innenrechte für Geflüchtete einzutreten. Ebenso müssen die Länder, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden, durch Zahlungen der Klimakillerkonzerne, wie beispielsweise RWE, entschädigt werden.

Welche Struktur brauchen wir um das zu erreichen?

a) Damit unser Protest nicht stagniert und wir schnell handlungsfähig bleiben, bedarf es ebenfalls Aktions- und Streikkomitees an den Orten, an denen wir uns tagtäglich bewegen. Also an Schulen, Unis und Betrieben. Warum? Viele Aktivist_Innen

gehen

regelmäßig Freitags auf die Straße. Anstelle sich nur unter Gleichgesinnten zu

bewegen und die Spaltung in der Umweltfrage zu vertiefen, lohnt es sich durch

Mobilisierungen, Vollversammlungen und kleineren Aktionen vor Ort die Debatte

zu anderen Leuten zu bringen. Das sorgt für eine stetige Auseinandersetzung und

befähigt gleichzeitig Viele von uns sich mehr einzubinden. Vor allem, da es für

Viele leichter ist, sich dort zu organisieren, wo sie sich tagtäglich bewegen.

Es ist unsere Aufgabe offen um unsere Perspektive zu streiten und damit neue

Aktivist_Innen für unsere Ziele zu gewinnen.

b) Diese Basiskomitees können dann Vertreter_Innen ins Plenum schicken und Delegierte wählen. Dieses System hat mehrere Vorteile. Denn aktuell ist das Problem, dass sich nicht alle von uns verantwortlich fühlen, für die Sachen die entschieden und umgesetzt werden. Dadurch machen manche Menschen sehr viel Arbeit und haben viel Verantwortung Alles zu entscheiden. Der Großteil an Menschen wird in diesen Prozess nicht einbezogen und übernimmt daher nur ab und zu Aufgaben.

d) Warum ist das

wichtig? Wir sind eine Jugendbewegung, die es geschafft hat ins Gespräch zu kommen. Unser Ziel muss aber auch sein, dass

Aktivist_Innen selbstständig lernen zu handeln anstatt zu hoffen. Also

sich eigenständig an unseren Strukturen zu beteiligen. Dies geschieht vor allem

auch darüber, dass wir offen über Inhalte und Entscheidungen diskutieren. Nicht

um der Selbstbeschäftigung willen, sondern um der Bewegung willen. Nur wenn wir

demokratische Strukturen haben, an denen sich alle beteiligen können,

schaffen

wir es auch eine demokratische Bewegung zu sein.

e) Deswegen müssen

unsere Delegierten auch jederzeit rechenschaftspflichtig und wähl- und abwählbar sein. Jede_r soll und darf Ideen einbringen, gleichzeitig müssen zentrale Momente der Bewegung wie Aktionstage, Forderungen und Perspektiven

gemeinsam besprochen und abgestimmt werden. Das muss aber auch für alle Aktivist_Innen

überprüfbar sein. Ansonsten droht die Gefahr, dass wichtige strategische Entscheidungen nur von einem kleinen Teil getroffen werden. Was aber passiert

wenn sich herausstellt, dass diese falsch oder nicht im Interesse des gemeinsamen Ziels (Klimaschutz, yeah!) sind?

f) Um das zu

ermöglichen, brauchen wir Aktions- und Perspektivkonferenzen. Dort sollten sich

alle Aktivist_Innen treffen können und die Chance haben, über die zentralen Entwicklungen und unterschiedlichen Ausrichtungen, die es gibt (und immer geben

wird), zu entscheiden. Der SoKo war hierfür ein guter Auftakt, aber wir brauchen nicht nur Momente des Empowerments, wir brauchen offene politische

Debatten, Anträge, Wahlen und Entscheidungen. Eine solche Konferenz sollte im

Vorfeld eine offene Antragsphase haben.

g) Unser Ziel ist

es nicht nur eine zeitweise Bewegung zu schaffen, sondern die Gesellschaft zu

verändern! Hierfür brauchen wir nicht nur Leute, die regelmäßig auf die Straße

gehen und teilweise in den jeweiligen FFF-Ortsgruppen aktiv sind, nein, wir brauchen Leute, die offen um ein politisches Programm diskutieren, die sich

einen

Kopf machen. Dafür müssen wir allen Teilen der Bewegung gleiche demokratische

Rechte geben. Es braucht offene Diskussion, ob die bittstellende Haltung gegenübergestellt der Bundesregierung überhaupt die Chance hat, unsere Ziele zu

erreichen oder ob wir eine gesamtgesellschaftliche Bewegung brauchen, die selbst die Zügel in die Hand nimmt und die gesellschaftliche Produktion unter

dem Ziel der gleichen Möglichkeiten unter den Menschen und der nachhaltigen

Beherrschung der Umwelt durch die Menschheit zum Ziel hat. Wenn die Perspektive,

die die Bewegung aktuell einnimmt, richtig ist, dann sollte sie auch eine offene Debatte darüber überstehen und alle Teile der Bewegung darin bestärken

für ihre Position zu kämpfen. Sollte die Position hingegen falsch sein und wir keine Debatte darüber führen, so würden wir damit die riesigen Chancen eine

neue Generation bewusster Aktivist_Innen zu begeistern und in Bewegung zu bringen, verschenken.

Das Ganze könnt ihr hier auch nochmal als PDF herunterladen:

StrategiepapierFFF_RevoDownload

Der Fail von Madrid

Warum die Weltklimakonferenz gescheitert ist und was wir daraus lernen können:

Die Weltklimakonferenz in Madrid ist auf ganzer Linie gescheitert. Das Abschlussdokument ist dementsprechend mehr als

lächerlich.

Nahezu alle wichtigen Fragen, wie der Umgang mit den Emissionszertifikaten oder

die Entschädigung der ärmeren, vom Klimawandel umso stärker betroffenen Länder,

wurden auf die nächste Konferenz im November 2020 in Glasgow verschoben. Was

übrig bleibt sind wage nationale Klimaschutz-„Zusagen“. Da findet selbst die Bundesregierung kaum noch etwas, was man schönreden könnte. Eine zeitliche

Verlängerung der Verhandlungsdauer um ganze 40 Stunden hat da auch nicht mehr

viel gebracht.

Und wenn eine solche Konferenz um noch so viele Stunden mehr

verlängert werden würde: das Problem ist nicht zu wenig Zeit oder zu wenig Engagement, sondern die im Zuge der Krise des Kapitalismus sich international

zuspitzende Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten. Seit der großen Weltwirtschaftskrise 2007/2008 gibt es auf dem Weltmarkt weniger zu holen, sodass sich der Kampf um den verbliebenen Rest vom Kuchen zwischen den einzelnen Akteuren massiv verstärkt hat. Da sich Klimaschutz und wirtschaftliche Profite entgegenstehen, traut sich keiner der global player einen Schritt „zu weit“ in Richtung Nachhaltigkeit zu machen, da man dann in der

internationalen Konkurrenz einen Nachteil fürchtet. Aus diesem Grund sind die

USA bereits vor einiger Zeit aus dem Pariser Abkommen ausgetreten und ihre

Hauptkonkurrentin China, traute sich nun auf der Weltklimakonferenz kaum noch

Zugeständnisse zu machen. Die EU hat noch einmal versucht ihren politischen

Anspruch, ebenfalls eine globale Führungsmacht zu sein, deutlich zu machen,

indem sie sich (allen voran Ursula von der Leyen) als „Zugpferd für mehr Klimaschutz“ inszenierte. Wirklich was geliefert hat sie jedoch nicht.

Madrid ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die nette Idee von der „Weltdemokratie“ der UNO und anderen ähnlichen Institutionen radikal in Frage gestellt werden, sobald der Ton in der Weltwirtschaft rauer wird und die Wachstumsraten sinken. Madrid steht dabei auch im Schatten des

Scheiterns des internationalen Atomabkommens oder dem aktuellen Handelskrieg.

Wir schließen daraus, dass es keine Weltdemokratie geben kann, solange die Welt

aus Nationalstaaten besteht, die in Konkurrenz zueinander stehen. Vielmehr handelt es sich bei der UNO ebenso wie beim IWF und ähnlichen Agenturen, um

Organe zur Durchsetzung imperialistischer Machtinteressen, die in Zeiten zugespitzter Konkurrenz zum Stillstand kommen. Dass diese nie Arenen freier

Aushandlung waren, zeigen allein schon die fünf Veto-Mächte. Da aber das kapitalistische System den Motor der Konkurrenz und die Säule der nationalstaatlichen Form darstellt, müssen wir eine internationale antikapitalistische Klimabewegung aufbauen, um diesen Widerspruch auflösen und

den Planeten noch irgendwie retten zu können. Zulange haben wir den kapitalistischen Institutionen und den bürgerlichen Politiker_innen vertraut, dass sie schon eine gute Lösung fürs Klima finden werden. Der letzte Aktionstag

von Fridays for Future war zwar immer noch groß aber hat auch eher auf die UN

gehofft als selber etwas gemacht. Die (nicht vorhandenen) Ergebnisse aus Madrid

sollten deshalb in Fridays for Future neue Diskussionen anstoßen, wo wir eigentlich hinwollen und wer diese Veränderung umsetzen kann. Spätestens nach

diesem Wochenende sollte nämlich allen klar sein: Klimaschutz bleibt

Handarbeit. Was wir brauchen sind Basisstrukturen in Schulen, Unis und Betrieben, die demokratisch diskutieren und Konzepte erarbeiten, begleitet von großen internationalen Aktionskonferenzen, auf denen wir gemeinsame Forderungen erarbeiten und deren Umsetzung kontrollieren können. Wir haben kein Vertrauen mehr in die kapitalistischen Institutionen, Verbände und Parteien.

Das Gerede von „neuer umweltfreundlicher Technologie“ und dem „Green Deal“ können wir nicht mehr hören, denn klar ist: Wenn sich Natur und Profit sowie Nationalstaatlichkeit und internationaler Klimawandel widersprechen, kann es auch keinen „grünen Kapitalismus“ geben. Der Klimawandel ist für uns in erster Linie keine Frage der Technologie sondern des gesellschaftlichen Umgangs mit Natur. Es ist also nicht die Natur die gestört ist, sondern das Verhältnis, das unser Wirtschaftssystem zu ihr hat. Genau deshalb bedeutet Kampf fürs Klima auch Kampf für eine andere Gesellschaft. Ansätze für diesen Kampf kommen auf der ganzen Welt gerade nicht nur aus der Klimabewegung sondern auch in Chile, Irak und Libanon gegen den Neoliberalismus, in Rojava und Chile gegen das Patriarchat oder in sehr vielen Ländern gegen den internationalen Rechtsruck. Dass insbesondere die Rechtspopulisten Trump und Bolsonaro die größte Blockadehaltung auf der Weltklimakonferenz eingenommen haben, zeigt uns nur wieder einmal deutlich, dass sich unsere Klimabewegung klar gegen Rechts positionieren muss. Lasst uns also aus Madrid lernen und ausgehend von Fridays for Future und allen anderen fortschrittlichen Bewegungen auf der Welt eine internationale antikapitalistische Bewegung zur Rettung dieses Planeten aufbauen. Spätestens

jetzt heißt es: Handeln statt Hoffen!